



# Rippischer Volks- und Soldatenrat.

---

Nr. 1.

Sitzung vom 10. November 1918, nachmittags 5 Uhr.

Ort der Versammlung: „Teutoburger Hof“ in Detmold. Die Mitglieder sind bis auf die, denen noch keine Nachricht hat übermittelt werden können, sämtlich anwesend.

Arbeitersekretär Pieper = Detmold eröffnet die Verhandlungen mit begrüßenden Worten und erbittet Vorschläge für den Vorstand. Gewählt werden die Herren Becker-Lemgo, 1. Vorsitzender; Staercke (neben dem vom Soldatenrat zu bestimmenden Mitgliede), 2. Vorsitzender; Drake-Detmold, Schriftführer.

Der Vorsitzende übernimmt die Leitung der Verhandlungen und spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es bei tatkräftiger Mitarbeit aller vorwärtstrebenden Volksgenossen gelingen werde, die gegenwärtige schwierige Lage zu überwinden. Bei der praktischen Arbeit werde sich wohl eine Trennung der Leistungen notwendig machen, dahin, daß der Soldatenrat die Angelegenheiten, die die militärisch-technische Seite betreffen, für sich regle. Hauptmann Müller führt dazu aus, daß über diese Frage schon gesprochen worden sei. Man habe sich im Soldatenrat dahin geeinigt, daß der Soldatenrat in der Hauptsache die Unterstützung der Zivilbehörden zu übernehmen habe. Musketier Rothenberg wünscht, daß der Soldatenrat an den Verhandlungen des Volksrats teilnehme. Man einigt sich schließlich dahin, daß über alle wichtigeren Angelegenheiten gemeinsam beraten und beschlossen werden müsse.

Der Vorsitzende berichtet sodann über die Verhandlungen mit der Regierung. Die Regierung habe erklärt, der Entwicklung, die jetzt eingetreten sei, nicht im Wege stehen zu wollen, auch der Fürst habe seinerseits dies erklärt. Namentlich hinsichtlich der materiellen Seite der fürstlichen Interessen werde man zugunsten des Volkes nach dem Rechten sehen müssen. Das beziehe sich auf das Domanium. Der Rentkammer werde da eine gewisse Kontrolle beigegeben werden müssen.

Abg. Staercke spricht im Namen seiner politischen Freunde die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. Meinungsverschiedenheiten beständen zwar, aber nicht in den nächsten Zielen, soweit sie sich auf die Durchsetzung der demokratischen Forderungen beziehen und darauf, das Entstehen einer inneren Wirrnis zu verhüten, die geregelte Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten usw. Zu berücksichtigen sei, daß die hiesige Garnison zurzeit vorwiegend aus nichtlippischen Soldaten bestehe. Engherzig brauche man zwar nicht zu sein, auch bei ihnen bestehe das Verantwortungsgefühl, aber es komme darauf an, die Bewegung in ruhige Bahnen zu leiten. Die sofortige Übernahme der Regierungsgewalt sei ein Gebot der Stunde. Die Zusammensetzung des Volksrates müsse aber den politischen Besitzverhältnissen im Lande entsprechen. Eine Majorisierung müsse verhindert werden. Ueber die Rechtsverhältnisse des Domaniums lasse sich in diesem Augenblick wohl nicht sprechen. Da kämen die reichsgesetzlichen Bestimmungen in Frage, die für das Ganze Geltung hätten und hier nicht einseitig aufgehoben werden könnten. Es empfehle sich im übrigen wohl auch, die Partei der Rechten zu berücksichtigen.

Vom Vorsitzenden Cl. Beder wird hervorgehoben, daß die liberale Partei anfangs einen anderen Standpunkt eingenommen hätte, jetzt allerdings zur Mitarbeit bereit wäre. Von Herrn Staercke sei f. Z. gefragt worden, ob man ihn und Herrn Dr. Neumann-Hofer zur Mitarbeit zulassen würde. Dem sei entsprochen. Im übrigen werde man sich mit derartigen Auseinandersetzungen jetzt nicht mehr beschäftigen können. Die Entwicklung habe ja unglaubliche Sprünge gemacht; wer habe jemals glauben können, daß Militär und Sozialdemokratie zusammengehen würden! Die Volksstimmung sei heute ganz anders als bei den letzten Wahlen im Frieden. Daß das Domanium dem Lande gehöre, darüber lasse sich doch nicht streiten.

Arbeitersekretär Pieper betont, daß der alte Landtag ebenso wie der Reichstag kein Spiegelbild der politischen Verhältnisse sein könnte; das habe sich gründlich geändert. Die alten Einrichtungen seien von der Entwicklung überholt. Auch der Thronverzicht sei heute keine Frage mehr, heute werde schon mehr verlangt. Die heutigen Ausführungen des Herrn Staercke ständen mit seinen gestrigen in Widerspruch.

Abg. Schmud spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die liberale Mitarbeit zur Durchsetzung der Volkswünsche zugesagt sei. Die Domaniafrage bedürfe doch einer neuen Regelung, und über die Besitzverhältnisse sei man unter den Rechtskundigen sehr im Zweifel gewesen. Ueber die Staatsform müsse jetzt in dem Sinne entschieden werden, wie überall anderswo. Seine Partei sei bisher im öffentlichen Leben sehr benachteiligt gewesen.

Das Mitglied **Drake** betont die Notwendigkeit des Zfassens, damit der Bevölkerung recht bald praktische Ergebnisse der geleisteten Arbeit vor die Augen geführt werden könnten. Die besonderen lippischen Fragen hätten zunächst auszuscheiden; man werde sich ja später über sie verständigen können. Jetzt gelte es, in allererster Linie deutsch zu sein und den Zusammenhang mit dem großen ganzen zu wahren. Die liberale Mitarbeit sei angeboten und gern angenommen worden; über die Ansprüche auf Erweiterung der Beteiligung einzelner Richtungen werde sich reden lassen, aber es dürfe nicht vergessen werden, daß erst durch das Zugreifen der Sozialdemokratie die Wendung der Dinge herbeigeführt worden sei. Die Führung müsse ihr deshalb zunächst verbleiben. Dadurch werde die Durchführung der demokratischen Forderungen in keiner Weise beeinträchtigt, sie werde gesichert.

Das Mitglied **Staerke** führt noch aus, daß seine Partei zwar an ihrem Standpunkt festhalte, aber zunächst auch so gern und freudig mitarbeite.

Geschäftsführer **Biesemeier** erinnert daran, daß es sich ja im Augenblick nicht darum handeln könne, eine dauernde Herrschaft auszuüben und große Aufgaben auf Jahrzehnte hinaus zu bewältigen. Es könne sich nur um eine Uebergangsarbeit handeln, an der aber die weitesten Kreise beteiligt werden müßten.

Hauptmann **Müller** wünscht, daß jeder zum Wort kommen möchte, der dazu berufen sei. Es seien jetzt nur zwei Parteien vertreten. Auch andere Herren müßten herangezogen werden, damit die Verantwortlichkeit auf mehrere Schultern gelegt werde.

Hauptmann **v. Reiser** fordert zu einträchtiger Zusammenarbeit auf; wenn alle an einem Strick zögen, werde man auch vorwärts kommen und schnell wieder geordnete Zustände sehen.

Nach weiteren Ausführungen werden die Mitglieder des nunmehr eingesezten Volks- und Soldatenrates genannt: Es sind

**Volksrat:**

Clemens Becker-Demgo  
Flohr-Demgo  
Landtagsabg. Schmuck-Demgo  
Lagerhalter Ziegenbein-Detmold  
Arbeitersekretär Pieper-Detmold  
Schriftsteller H. Drake-Detmold

**Soldatenrat:**

Hauptm. Dr. Rechtsanwalt Müller  
ferner:

1. Kompanie:

Feldwebel Becker  
Musketier Wagner

Vizepräsident Dr. Neumann-Hofer  
Detmold

Geschäftsführer Biesemeier-Detmold  
Als Vertreter des abwesenden Dr.  
Neumann-Hofer Buchdrucker Otte-  
Detmold

Den Vorstand des Soldatenrats  
bilden:

Hauptmann Müller-Detmold, Vors.  
Musketier Wagner, Stellvertreter  
Feldwebel Köhler, Schriftführer

Den Vorstand des Volksrats bilden:

Clemens Becker-Demgo, Vors.  
Abg. Staercke-Detmold, Stellv.  
H. Drake-Detmold, Schriftführer.

2. Kompagnie:

Feldwebel Köhler  
Musketier Hagemann

3. Kompagnie:

Vizefeldwebel Ohrsief  
Reservist Frisch

4. Kompagnie:

Sergeant Sobil  
Musketier Rothenberg

Bezirkskommando:

Hauptmann v. Reiser  
Sergeant Wissenborski

Bund Lippischer Kriegsbeschädigter:  
Bruno Kolscher.

Der von dem Mitgliede Drake vorgeschlagene Aufruf wird verlesen und mit kleinen Aenderungen und Zusätzen genehmigt.

Ueber die Lebensmittelfrage soll in der nächsten Sitzung ausführlich verhandelt werden.

Es wird beschlossen, mit dem Staatsminister noch am Abend in Verbindung zu treten, um zu hören, ob sich die Regierung ohne weiteres dem Aufrufe anschließt und geneigt ist, auf den Boden der damit geschaffenen Tatsache zu treten.

Der Vorstand wird beauftragt, mit dem Staatsminister deswegen zu verhandeln.

Der Vorstand des Soldatenrats erklärt, daß die militärischen Angelegenheiten durch Absprache inzwischen geregelt worden sind.

Die Verhandlungen werden gegen 8 Uhr unterbrochen, damit sich der Vorstand zum Minister begeben kann.

Gegen 9 Uhr wird die Versammlung wieder eröffnet. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Staatsminister wird Mitteilung gemacht. Danach werden die Verhandlungen geschlossen.

Drake.